

Erscheint

an allen Werktagen.

Bezugspreis

ab 1. 9. 21: monatlich M.

in der Geschäftsstelle 100.—

in den Ausgabestellen 105.—

durch Zeitungshändler 110.—

durch die Post 110.—

ins Ausland 20 Deutsche Mark.

Hörnsprecher: 4246, 2273.

3110, 3249.

# Posener Tageblatt

Bei höherer Gewalt, Betriebsförderung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czeczkow Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigenpreis:

f. d. Grundschriftzeile im

Anzeigenteil innerhalb

Polens. 20.— M.

im Restlandteil 60.— M.

Für Aufträge aus

Deutschland 350 M.

im Restlandteil 10.— M.

in deutscher Mark.

Telegrammadresse:

Tageblatt Poznań.

## Dilatorische Behandlung.

Es gibt ein gewisses Verfahren in der Eileidigung oder Richterledigung schwelender Angelegenheiten, das den schönen Namen "dilatorische Behandlung" trägt. Hinter dieser schönen Bezeichnung birgt sich etwas sehr Einfaches: Wenn man zu keinem Entschluss kommen kann oder wenn es aus irgend einem Grunde unbequem erscheint, einen solchen Entschluss gleich zu fassen oder bekannt zu geben, dann verschleppt man die Sache, schiebt die Entscheidung hinaus, in der Hoffnung, daß die Zeit schon das ihre tun wird und daß nach acht oder vierzehn Tagen die Angelegenheit ohne menschliches Gutun ganz anders aussehen kann. "Verschiebe nichts auf morgen, was Du noch übermorgen besorgen kannst" oder "Keine Sache ist so wichtig, daß sie nicht durch längeres Liegenbleiben noch viel wichtiger werden könnte."

Der Obersieger hat es für gut befunden, von der "dilatorischen Behandlung" der oberschlesischen Frage Gebrauch zu machen." Auf dem Dache sitzt ein Kreis, der sich nicht zu helfen weiß."

Man darf die Hoffnung nicht aufgeben, daß der Beschluss der Anrufung des Völkerbundes wirklich der vorletzte Beschluss in dieser nach jeder Richtung gewaltig bedeutungsvollen Frage ist, und daß es sich nur um eine kurze Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung handelt. Befürchtungen, daß diese letzte Frist — wenn sie wirklich die letzte ist — nicht ganz kurz sein wird, sind freilich nicht von der Hand zu weisen. Die polnische Presse spricht von einer Verzögerung von 2–3 Monaten, während die deutsche Presse Oberschlesiens schon mit einem halben Jahr und noch längere Zeit rechnet.

Der leidende Teil ist natürlich in erster Linie die Bevölkerung Oberschlesiens. Dort an Ort und Stelle wirkt die Verzögerung der Teilung geradezu verheerend. Man braucht nur die dort erscheinenden Blätter durchzulesen, um sich eine Vorstellung von der Größe dieser verheerenden Wirkung in wirtschaftlicher Hinsicht zu machen. Schon konnte man überall Anzeichen einer sich ankündigenden erhöhten Geschäftstätigkeit finden, die dann eintreten sollte, wenn die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens gefallen sein würde. Einzelne Gruben wollten neue Bohrungen vornehmen, neue Schächte abteufen. Fabriken wollten den Bau der Arbeiterhäuser wieder aufnehmen. Siegeleien wollten ihre Tätigkeit wieder beginnen oder steigern, um den größeren Bedarf decken zu können. Der Kaufmann machte sich schlüssig über neue größere Stellungen. Ein neuer Frühling schien in das Land einzehen zu wollen.

In diesen Frühling froher Hoffnungen fiel der Beschluss von Paris hinein, ein Rauhreif, der eine Unzahl geschäftlicher Knospen vernichtete. Befriedene gibt es unter der oberschlesischen Bevölkerung überhaupt nicht mehr, schon lange nicht mehr. Jetzt aber hat die Unzufriedenheit der gesamten oberschlesischen Bevölkerung einen solchen Umfang angenommen, daß sie trotz der scharfen Kritik auch in der Presse zum Ausdruck kommt, und zwar sowohl in der polnischen als auch in der deutschen Presse. Der "Wegweiser", das Beuthener Organ Korsantys, nennt das Spiel von Paris "eine Komödie, die mit liebenswürdiger und lächelnder Miene durchgeführt wurde", und die der oberschlesischen Großindustrie nahestehende "Ostdeutsche Morgenpost" stellt bedauernd fest, daß die Hoffnung auf eine unparteiische, gerechte Entscheidung durch die neuere Wende nicht gestiegen ist.

Die Befürchtung, daß es sich durchaus nicht um eine ganz kurze Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung handelt, scheint ihre Süße zu finden in der Tat, daß die in Oberschlesien tätigen Offiziere und Beamten der Verbündeten wieder ihre Frauen und Kinder dorthin kommen ließen, daß die Verträge mit Zivilbeamten der interalliierten Kommission für einen größeren Zeitraum verlängert wurden, daß einzelne Gebäude noch für eine Reihe von Monaten gemietet wurden, und in der Havasmeldung, "Le Rond und Korsanty kehrten nach Oberschlesien zurück." Und die große Frage ist: Wird bis zu der sehnlichst erwarteten Entscheidung Ruhe im Lande sein? Der Obersieger hat in einem Aufruf die gesamte oberschlesische Bevölkerung zur Ruhe gemahnt, und in Katowitz haben deutsche und polnische Führer miteinander verhandelt und sich gemeinsam an die Bevölkerung gewandt und sie zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt, damit weiteres Blutvergießen vermieden wird. Ob diese Bemühungen ausreichen werden, das Land vor neuen Greueln zu beschützen, ist bei dem Radikalismus eines Teiles der Bevölkerung zum mindesten zweifelhaft. Es wird noch zweifelhafter, wenn man hört, daß es noch immer Volksaufwiegler gibt, die mit der Lösung "Alles oder nichts" hausieren gehen.

Aber die Notwendigkeit einer beschleunigten Lösung der oberschlesischen Frage ist eine Notwendigkeit nicht nur für Oberschlesien selbst, sondern ebenso sehr auch für Deutschland und für Polen, wo gegenwärtig fast alles, was in Politik und Wirtschaft geschieht, mit dieser Frage verknüpft wird, und für ganz Europa. Die heisse Sehnsucht nach Ruhe und Frieden, die die Völker Europas erfordert, daß die oberschlesische Frage endlich aus der Welt geschafft wird.

## Vor der Entscheidung.

### Festsetzung der Grenze auch ohne Einstimmigkeit.

Danzig, 19. August. (PAT) Aus Rom wird gemeldet: Der italienische Ministerpräsident Bonomi erklärte, daß der Obersieger entschlossen sei, die Grenze in Oberschlesien, die der Völkerbundrat festsetzen würde, selbst dann anzuerennen, wenn der Beschluss des Völkerbundrates mit gewöhnlicher Stimmenmehrheit zustande kommen sollte.

### Die italienischen Hilfsstruppen für Oberschlesien.

Danzig, 19. August. (PAT) Die italienische Regierung beschloß nach Oberschlesien zwei Infanteriebataillone zur Verstärkung der dort befindlichen italienischen Truppen zu senden.

### Die englischen Hilfsstruppen.

Danzig, 19. August. Aus London wird gemeldet: Die englische Regierung beschloß, zwei Bataillone nach Oberschlesien zu senden, wenn Frankreich und Italien ebensoviel schicken.

### Die Italiener im Völkerbundsrat.

Rom, 19. August. Der italienische Ministerpräsident billigte den Standpunkt der italienischen Delegierten in Paris und ernannte den ehemaligen Außenminister Scialoja zum Vertreter Tittonis im Völkerbundsrat.

### Pariser Nachläufe.

#### Ein Bericht Bonomis.

Rom, 19. August. (PAT) Der Ministerpräsident Bonomi berief nach seiner Rückkehr aus Paris die Vertreter der Presse zu sich, um sie über den Verlauf der Sitzung des Obersiegerates zu informieren. Dieser Pressekonferenz wohnten auch der Außenminister Della Torella, der Finanzminister Soleri und der Schatzminister De Nova bei. Bonomi erklärte, im Augenblick der Ankunft der italienischen Delegation in Paris hätte sich die oberschlesische Frage in einem Stadium höchster Spannung befünden, und die italienische Delegation hätte sich Mühe gegeben, den Konflikt zu mildern. Die völlige Anerkennung Oberschlesiens an die eine oder die andere Seite wurde einstimmig abgelehnt. Da man aber bezüglich der Teilung des Abstimmungsgebietes zu keiner Einigung gelangen konnte, besonders hinsichtlich des Industriedreiecks, so schlug die italienische Delegation die Anrufung des Völkerbundrates vor. Auf diese Weise wurde die Gefahr eines Abbruchs der Verhandlungen vermieden. Die Italiener unternahmen noch einen Einigungsversuch und retteten die Festigkeit der Entente. Die Verbündeten Italiens würden seine Verdienste in dieser Hinsicht zu würdigen wissen.

Della Torella fügte dem Bericht Bonomis hinzu, der gefaßte Beschluss entspreche dem Vertrag von Versailles. Es handelt sich um ein wirtliches Siedlungsgericht, denn sowohl die Vertreter Deutschlands als auch die Vertreter Polens würden von dem Völkerbundrat angehört werden.

Finanzminister Soleri berichtet über die in Paris behandelten Finanzfragen, besonders über die Frage der Entwicklung, und erklärte, daß die Lage Italiens sich bessern werde, wenn auch nicht alle berechtigten Forderungen Italiens befriedigt würden. In der Finanzkonferenz unterzeichneten alle Minister das Protokoll ohne Vorbehalt. Nur der Vertreter Frankreichs beibehielt seine Einwilligung seiner Regierung vor. Soleri und Bonomi wiesen darauf hin, daß dieser Vorbehalt die Gültigkeit der geschlossenen Verträge nicht beeinträchtige. Die öffentliche Meinung in Frankreich ist von den Ergebnissen der Konferenz nicht ganz befriedigt, doch sei zu hoffen, daß man sich über die berührten Fragen gütlich einigen würde.

Schatzminister De Nova berichtete: Was die der deutschen Regierung auferlegte Naturalzählung betrifft, so hat Italien die Lieferung von Waren und Produkten verlangt, die auf dem Handelsmarkt keine Konkurrenz bedeuten.

### Eine Rede Briands.

Paris, 19. August. (PAT) Briand empfing am Mittwoch Vertreter der Presse und sagte ihnen ungefähr folgendes: "Wenn ich aufrichtig sein soll, so muß ich sagen, daß ich wenig Grund habe, die Polemik fortzusetzen, die uns in der Tagung des Obersiegerates in Anspruch genommen hat. Die ganze Angelegenheit ruht jetzt in den Händen des Völkerbundrates. Dieser Rat sieht sich befannlich aus Vertretern von 8 Ländern zusammen, die in ihrer Gesamtheit eine vollkommene Gewähr dafür geben, daß ihr Urteilspruch unparteiisch und unbewußt gefällt wird. Es wird ihnen möglich sein, in ihrem Gewissen und in ihrem Gerechtigkeitsgefühl den Faktor zu finden, der sie veranlassen wird, in Übereinstimmung mit dem Geist und dem Buchstaben des Vertrages von Versailles zu entscheiden. Nach dieser Richtung habe ich nicht die geringste Befürchtung."

Nach diesen Worten wandte sich einer der Pressevertreter an den Ministerpräsidenten und sagte: "Herr Ministerpräsident, wir sind der Ansicht, daß Sie die letzte Rede Lloyd Georges im englischen Unterkaste nicht unbedingt lassen können. Da Sie gegenwärtig in Anbetracht der Parlamentsferien in der Deputiertenkammer nicht zu Worte kommen können, würden Sie, Herr Präsident, uns nicht einige Worte darüber sagen?"

Nach einem Schwanen sagte Briand: "Die letzte Rede Lloyd Georges stimmt fast wortgetreu mit dem überein, was er im Obersiegerat sagte. Er verfügt auch jetzt seine dort vertretene These mit denselben Argumenten wie dort, was übrigens den Standpunkt Frankreichs nicht im geringsten erschüttert. Lloyd George glaubt, der einzige Grund unseres Standpunktes sei die Sorge um unsere eigene Sicherheit. Im Gegenteil. Auch wir lassen uns, wie er, ausschließlich von dem Gedanken der Gerechtigkeit und der genauen Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages leiten. Es handelt sich hauptsächlich um die Auslegung des Artikels 88 des Vertrages von Versailles, das heißt um die Bemeggründe, die seinerzeit die Verbündeten veranlaßten, das Schicksal Oberschlesiens von dem Ergebnis der Abstimmung abhängig zu machen. Das Gutachten, daß der Völkerbundrat aussprechen wird, wird als der Urteilspruch einer von uns angerufenen höheren Instanz die entstandenen Schwierigkeiten beiseitigen. Während der Diskussion im Obersiegerat waren wir darin vollkommen einig, daß unsere Sachverständigen, und besonders die Juristen, eine Einstimmigkeit hinsichtlich zweier Punkte herbeiführen haben: 1. Der Vertrag von Versailles läßt eine Teilung Oberschlesiens zu. 2. Bei dieser Teilung, die entsprechend den Wünschen der Bewohner vor sich gehen muß, hat die ethnographische Zusammensetzung der Bevölkerung den Ausschlag zu geben. Sehen wir also zu, was die Abstimmungsergebnisse sagen und berücksichtigen mit dabei die geographischen Gesichtspunkte, von denen der Artikel 88 spricht. Schon der erste Blick auf die Karte Oberschlesiens müßte den Betrachter zur Teilung in zwei gleiche Teile führen. Der westliche Teil, der an

Deutschland grenzt, hat eine deutsche Mehrheit. Der östliche Teil eine polnische Mehrheit. Frankreich hat den ersten Augenblick an eine Teilung dieser Art beantragt, und es würde schwer sein zu beweisen, daß das eine Vergewaltigung des Buchstabens und besonders des Geistes des Vertrages von Versailles bedeutet. Uns ist der Vorwurf gemacht worden, daß wir die wirtschaftliche Seite der Frage nicht genügend berücksichtigen, während der Artikel 88 das ausdrücklich vorschreibt. Im gegebenen Falle handelt es sich besonders darum, was unter der Bezeichnung "Industriebezirk" zu verstehen ist. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Grube gewissermaßen die Keimzelle der Industrie darstellt und daß von ihr dauernd die Entwicklung der Industrie abhängt. Daher waren wir der Ansicht, daß im Sinne des Artikels 88 das ganze Gruben- und Industriegebiet in seiner Gesamtheit berücksichtigt werden müsse und nicht ausschließlich das Industriegebiet im engeren Sinne. Berechnen wir die Stimmen, die bei der Abstimmung gerade in diesem Gebiet abgegeben wurden, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß hier die Polen zweifellos die Mehrheit hätten. Es wird wohl jeder zugeben, daß eine solche Lösung dem Vertrag von Versailles entspricht und daß Frankreich diese Teilung vertreten kann, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, es fehle ihm an Gerechtigkeitsgefühl. Trotzdem wollte die englische Delegation die Berechtigung unserer Auffassung nicht einsehen. Sie hielt an dem Ausdruck "Industriebezirk" in seiner engeren Bedeutung fest und wies auf die isolierten, aber starken deutschen Volksinseln in diesem Gebiete hin, die die Bedeutung einer gewissen Etappe in der allgemeinen Entwicklung des dortigen Hüttenwesens bedeuten. In diesem Stadium der Beurteilung wurden die Sachverständigen zur Bestimmung der Grenzen des Industriegebiets und zur Vorbereitung des Materials für die Frage, ob dies Gebiet teildbar sei, berufen." (Der Schluss der Rede Briands fehlt in der Meldung der Poln. Telegraphen-Agentur. Anmerkung der Schriftleitung.)

### Der Paragraph 88 des Friedensvertrages.

Die von Briand gemeinsam in seiner Rede wiederholte angeführte Stelle des § 88 des Vertrages von Versailles ist der § 5 des Anhangs zu diesem Hauptparagraphen. Er lautet: Nach Schluß der Abstimmung wird die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen durch die Kommission den alliierten und assoziierten Hauptmächten mitgeteilt, zugleich mit einem genauen Bericht über den Verlauf der Stimmabgabe und einem Vorschlag über die als Grenze Deutschlands in Oberschlesien anzunehmende Linie, bei der sowohl von den Einwohnern ausgedrückte Wünsche als auch die geografische und wirtschaftliche Lage Berücksichtigung findet."

### Die Gefangenen von Avignon.

Paris, 19. August. Die französische Regierung hat angeordnet, daß alle im Lager von Avignon gegenwärtig noch gefangen gehaltenen Staatsangehörigen der Generalmächte, 34 Deutsche, 8 Österreicher, 1 Bulgare und 2 Türken freigelassen werden. Die sieben Gefangenen sollen nach Mannheim transportiert werden. Es befinden sich noch einzelne deutsche und österreichische Gefangene in anderen französischen Lagern.

### Aus Sowjetrußland.

#### Wiederherstellung des Privateigentums.

Moskau, 19. August. (PAT) Der Rat der Volkskommissare erließ ein Dekret, das den Privatbürgern Russlands erlaubt, staatliche Gebäude, die vorher ihr Eigentum waren, und neue Häuser anzukaufen. Auf diese Weise wird das Privateigentum wiederhergestellt.

#### Die Nasse Brüsselows in Sowjetrußland.

Riga, 19. August. Einem Vertreter des Rigaer sowjetoffiziellen Blattes "Novy Put" erklärte der in Moskau weilende General Brüsselow, er sei aus Vaterlandsliebe in den Dienst der Sowjetregierung getreten, obgleich er mit der Politik der Sowjetregierung nicht einverstanden sei. Zurzeit sei er als Kavalleriesachverständiger in der staatlichen Verkehrsverwaltung tätig und führe den Voritz in zwei Ausschüssen, welche die Frage der Durchführung des Militärsystems bearbeiten. Eine neue militärische Intervention halte er für unwahrscheinlich.

#### Für die Hungernden in Rußland.

Riga, 19. August. (PAT) Die amerikanisch-russische Konferenz über die Hilfsaktion für die vom Hunger betroffenen Gebiete, die am Sonnabend stattfinden sollte, wurde veragt, weil Brown noch keine Antwort aus Washington auf seine Depesche erhalten hat, in der er Weisungen über weitere Verhandlungen forderte. Die lettische Regierung ernannte den Leiter des Außenministeriums Salnaris zum Diktator der Rettungsaktion. Salnaris bereitete einen Plan vor, der in der Ratsversammlung vorgelegt werden wird. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen Lettlands senden einige Waggons mit Mehl und Sämen nach Rußland. Der lettische Verkehrsminister versprach, täglich 1000 Waggons zum Transport nach Rußland zur Verfügung zu stellen. Die amerikanischen und russischen Sachverständigen prüfen gegenwärtig die Lage des Transports nach Rußland. Es wurde festgestellt, daß die Wolgaflotte zu benutzen ist. Dagegen hat der größte Hafen an der Donnmündung, Rostow, einen niedrigen Wasserstand, daß dort nur Schiffe mit 2000 Tonnen Inhalt einlaufen können. Der Hafen Novorossijsk wurde als Anlauf der Minengefahr abgelehnt.

Genua, 19. August. (PAT) Die Konferenz, welche über die Hilfsaktion für Rußland beriet, nahm eine Entschließung an betreffs Bildung eines Hilfskomitees zur Zusammenfassung aller privaten und amtlichen philantropischen Organisationen. Cannon und Hoover wurden zu Oberkommissaren der Konferenz für die Hilfsaktion für Rußland ernannt und erhielten die Bevollmächtigung, mit der Sowjetregierung Verträge über die Kontrolle und Verteilung der Rußland überwiebenden Lebensmittel abzuschließen. Diese Entschließung wird Briand, als dem Vorsitzenden des Obersiegerates, vorgelegt werden.

#### Englands Vertreter im internationalen Hilfsausschuß.

London, 19. August. (PAT) Dem internationalen Ausschuß zur Vorbereitung einer sofortigen Hilfsaktion für die vom Hunger bedrohten russischen Gebiete werden als Vertreter Englands Lloyd George, der Direktor des Departements für Seehandel, John Dewett und der ehemalige englische Konsul in Moskau Wardrop angehören.

#### Die Beteiligung Lettlands und Estlands.

Riga, 19. August. (PAT) Der lettische und der estnische Gesandte in Paris haben dem Obersiegerat eine Note überreicht mit der Forderung, die Vertreter Lettlands und Estlands zu dem vom Obersiegerat organisierten Rettungsausschuß einzuladen.

## Der umgedrehte Spieß.

Prag, 19. August. Bei dem Leichenbegängnis des im Auftrag von den Tschechen getöteten Reichsdeutschen Hofs hielt auch der Legationsrat der deutschen Gesandtschaft in Prag, Dr. Linner, eine Gedächtnisrede, in welcher er darauf hinwies, daß durch derartige Zusammenstöße das gute Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei gefährdet werden könnte. Nunmehr erklärt das Organ des Ministers des Außenfern, daß wegen dieser ungewöhnlichen und ungebührlichen Rede die tschechoslowakische Regierung in Berlin Vorstellung erheben werde.

### Eine tschechische Regierungskrise?

Prag, 19. August. Die letzten Vorfälle in Aussig und damit zusammenhängende parlamentarische Obstruktion des Deutschen Verbandes haben die Stellung des tschechoslowakischen Beamtenkabinetts Cerny so erschüttert, daß die Presse bereits von einem bevorstehenden Rücktritt des Gesamtkabinetts spricht.

Der nationaldemokratische "Lidové Noviny" berichtet, daß Ministerpräsident Cerny dem Präsidenten Masaryk gleich nach dessen Rückkehr, also noch in dieser Woche, die Demission der Regierung überreichen werde. Masaryk werde den Rücktritt annehmen, aber den Ministerpräsidenten mit der Leitung der Regierungsgeschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts betrauen. Falls Ministerpräsident Cerny nicht als Minister des Innern ins neue Kabinett eintritt, werde er zum ersten ordentlichen Gesandten der tschechoslowakischen Republik in Wien ernannt werden.

## Albanien und Südslawien.

Belgrad, 19. August. (Tel.-Un.) Aus Skutari wird gemeldet, daß die Mazedoniten in westlicher Richtung auf Bulgarien vorgerückt sind und die Verbindung zwischen Skutari und Tirana zu zerstören drohen. Es sind drei Bataillone ausgesandt worden, um den Aufstand zu unterdrücken.

Genua, 19. August. (Tel.-Un.) Die Regierung von Albanien, die Mitglied des Völkerbundes ist, hat auf Grund von Artikel 2 des Völkerbundvertrages die Intervention des Völkerbundes angerufen, um den Frieden zwischen Albanien einerseits und Serbo-Kroatien-Slawonien andererseits herzustellen. Albanien fühlt sich bedroht.

## England und Irland.

London, 18. August. (PAT) De Valera hält am Dienstag in Dublin eine Rede, in der er seine Erklärung betrifft der vollen Unabhängigkeit Irlands wiederholte und sagte, daß Irland die Bedingungen der englischen Regierung nicht annehmen kann. Trotz dieser unbedeutenden Erklärung herrscht in gut informierten politischen Kreisen die Überzeugung, daß man diese Aussage nicht wörtlich nehmen muß. Eine große Bedeutung wird der Tatsache beigegeben, daß das offizielle Organ der Sinnfeiner bei Beipräfung der Bedingungen der englischen Regierung, die es für unannehmbar ansieht, am Schlus sagt, daß der Weg zu einer ehrenvollen Versöhnung noch offen ist. "Daily News" schreibt, daß nicht die Rede De Valeras, sondern die schriftliche Antwort des Sinnfeinervorparlaments das endgültige Dokument zu weiteren Verhandlungen bilden wird.

## Die Republik Fünfkirchen.

Wien, 19. August. Die Nachrichten, die über die angebliche Ausrufung der Republik Fünfkirchen vorliegen (vergl. "Pol. Tageblatt" Nr. 145), weichen sehr stark voneinander ab, je nachdem sie aus ungarischer oder südlawatischer Quelle stammen. Doch scheint festzustehen, daß die zumeist kommunistischen Arbeiter der dortigen Fabriken für den Frieden zwischen den jetzt zu vollziehenden Übergabe des Gebietes aus südlawatischem in ungarischen Besitz ein Opfer der Gewalttätigkeit der Militärdepartements zu werden.

### Maßnahmen des Botschafterrates.

Paris, 19. August. (PAT) Zufolge der in Baranya geschaffenen Lage beschloß der Botschafterrat, sofort Schritte in Belgrad zu unternehmen, um der südlawatischen Regierung die Notwendigkeit einer Räumung des ungarischen Gebietes vor Augen zu führen.

### Banffy über Baranya und Westungarn.

Ösen-Pest, 19. August. (PAT) In der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des ungarischen Parlaments sprach der Außenminister Banffy über die Angelegenheit des Baranya-

gebietes und über die Angelegenheiten Westungarns. Die Räumung Baranyas durch die Ungarn soll am 25. d. Ms. beendigt sein. Den letzten Vorfällen in Fünfkirchen schreibt der Minister keine Bedeutung zu. Ungarn beharrt ebenso wie die Großmächte auf der Forderung der Räumung. Darauf gab der Minister eine Schilderung der bisherigen Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich betrifft Westungarns. Hierbei betonte er die Nachgiebigkeit der ungarischen Regierung gegenüber der Haltung Österreichs. Nach der Rede des Ministers fügte der Außenausschuss eine Enthüllung in der die lebte Entschließung der Hauptkommission des österreichischen Parlaments zur Kenntnis genommen wird und die ungarische Regierung aufgefordert wird, bei der Entscheidung über die Angelegenheiten Westungarns die Interessen Ungarns mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu wahren.

## Die Deutschen in Polen.

Der Hauptvorstand der Deutschumsblinde Polens wählte in seiner ersten Sitzung am 17. August d. J. zum provisorischen ersten Vorsitzenden den Landrat a. D. Eugen Naumann, zum zweiten Vorsitzenden den Herrn L. Wolf. Die erste Sitzung befristete sich auf die Beisprechung der Tagesordnung der für den 11. September d. J. in Lódz angelegten Ersten Tagung der Deutschen Polens. Es sollen deutsche Vereine, deutsche Künstler und alle, denen ihr Volkstum noch lieb ist, zu diesem Tage aus allen Gauen des polnischen Reiches zusammenkommen, um diesem Feste den ihm gehörenden Glanz zu verleihen. Vertreter von allen Deutschumsvereinen und mehrere Sejmabgeordnete werden das Wort ergreifen und die politische Lage hierzulande allseitig beleuchten.

Die Optionsfrage. Über die Optionsfrage herrscht noch in den weitesten Kreisen die größte Unklarheit. Nach dem Friedensvertrag sind alle hier im Teilgebiet geborenen Personen, ferner diejenigen, die von 1908 im Teilgebiet dauernd ansässig waren, ohne weiteres polnische Staatsbürger geworden. Diese Personen können für Deutschland optieren; und zwar läuft die Optionsfrist bis zum 10. Januar 1922. Innerhalb eines Jahres nach der Option können die Optanten ihr bewegliches Hab und Gut zoll- und abgabefrei mit nach Deutschland nehmen. Ob die polnische Regierung bei Optanten, die länger als ein Jahr noch der Option herbleiben, Zoll und Abgaben erheben wird, ist nicht bekannt. Alle Personen, die nach 1908 in das Teilgebiet gezogen und hier nicht geboren sind, sind deutsche Reichsangehörige geblieben und können also auch nicht optieren. Anderseits haben sie auch nicht das Recht für Polen zu optieren. Diese Personen können höchstens bei den polnischen amtlichen Stellen den Antrag stellen, in den polnischen Staatsverband aufgenommen zu werden. Doch macht die polnische Regierung die Verleihung der Staatsangehörigkeit von verschiedenen Bedingungen abhängig.

## Republik Polen.

† Der Ministerrat hält am Donnerstag eine Sitzung ab, in der der Partei Vertreter der Republik Polen Wyrzykowski über die Verhandlungen des Obersten Rates über Oberreichten berichtet.

† Ernennung. Der "Monitor Polski" gibt die Ernennung des Generalleutnants Józef Czapski zum Vorsitzenden des Ministerialausschusses für Demobilisierung angekündigt.

† Rücktritt des Kriegsministers? In politischen Kreisen sind Gerüchte im Umlauf von einem baldigen Rücktritt des Kriegsministers Sosnowski, der schon in den nächsten Tagen zurücktreten soll. Diese Absicht soll in Verbindung stehen mit einer Revision in der Defensivabteilung des Innenministeriums und der Verhaftung des Chefs dieser Abteilung, Smarski. Der Beschluß des Ministerrates, der diesen Schritt veranlaßte, wurde auf Antrag des Ministers Sosnowski gefaßt, der sich auf die Meldungen der Defensivabteilung des Kriegsministeriums stützte. Wie sich herausstellte, waren diese Meldungen falsch und, wie versichert wird, von einer Verstimmung diffiniert, die in der bevorstehenden Auflösung der militärischen Defensiv bezw. ihrer Unterstellung unter die Defensivabteilung des Innenministeriums ihren Grund hat.

† Der Finanz- und Haushaltsausschuss des Sejm wurde am 31. August einberufen. Auf der Tagesordnung steht der Staatshaushaltswurz für 1922.

## Deutsches Reich.

\*\* Die Besetzung des Finanzministerpostens. Im "Berliner Tageblatt" wird in einem bemerkenswerten Aufsatz gesagt, die Ausarbeitung der neuen Steuergesetze und die Art über vorläufige Veröffentlichung haben gezeigt, daß es auf die Dauer unmöglich ist, daß der Reichskanzler zugleich

Er fand sie in Tränen und Frau Berta und Breuner waren auch recht bestürzt.

Breuner war ihm bis zur Tür nachgeilst und hatte ihm zugeschworen: "Ihre Frau Mutter war nachmittags hier. Ich konnte es nicht verhindern, daß sie mit den Damen redete. Mich hat Ihre Frau Mutter einfach weggeschickt."

"Was hat es denn gegeben, meine liebe, meine arme Hanna?" mit diesen Worten und ausgebreiteten Armen ging Horst auf das weinende Mädchen zu.

Aber Hanna stürzte sich nicht an seine Brust. Stattdessen starr schaute sie zu ihm auf und sagte mühsam: "Paul, Deine Mutter hat angedeutet — sie kam nicht weiter."

"Was hat sie angedeutet?" fragte er sehr ruhig. Sein Gesicht war blaß geworden, aber seine Augen blitzen.

"Was hat sie angebietet?" wiederholte er seine Frage, sich jetzt damit an die alte Frau wendend, denn Hanna schluchzte schon wieder herzbrechend.

"Dass auf meines toten Schwagers Ehre ein Fleck sein müsse und — aber das deutete sie nicht nur an, daß Sie von irgend etwas gequält würden, das sich auf Ihre Heirat mit Hanna bezieht, und —" Frau Berta stockte.

"Und?" fragte Paul noch immer ganz ruhig.

"Und daß es so aussieht, als ob aus dieser Heirat nichts werden könnte," sagte Frau Berta ganz leise.

Da war es mit Pauls Ruhe vorbei.

Er riß Hanna an sich und beugte ihren Kopf so weit zurück, daß er ihr liebes tränenerüberströmtes Gesicht sehen konnte.

"Hast Du mich lieb, lieb genug für ein ganzes, langes Leben?" fragte er mit bebender Stimme.

"O, Paul!" flüsterte sie nur; aber die Liebe, die große Liebe, nach der er gesucht, schaute ihn aus ihren Augen an. Er küßte diese Augen, dann sagte er feierlich:

"Meine Hanna, es gibt nichts, das mich von Dir trennen würde. Das eine aber, das du angedeutet wurde — ich weiß es schon jetzt, daß es nicht existiert. So Herz! Sei jetzt ruhig, ganz ruhig. Niemand soll an Deines Vaters Ehrenhaftigkeit zweifeln. Dafür lasst nur mich weiter sorgen. Nur frage mich jetzt nach nichts."

(Fortsetzung folgt.)

ein eigener Finanzminister sein soll. Zur Bewältigung so ungeheuerer Aufgaben der allgemeinen Reichspolitik und der Finanzpolitik würde selbst eine Person von gigantischem, politischem Ausmaß nicht ausreichen. Es kann den Regierungsparteien einschließlich der demokratischen der Vorwurf nicht erwart werden, daß sie nicht rechtzeitig und nachdrücklich auf die Besetzung des Finanzministerpostens gedrungen haben. Auch jetzt ist es hierzu noch nicht zu spät. Die volle Arbeitskraft eines neuen großzügigen Finanzministers ist dringend erforderlich.

## Freistaat Danzig.

\* Die Eröffnung der Danziger Börse wird am Montag, dem 29. d. Ms., um 11 Uhr vormittags in Anwesenheit der Vertreter der Behörden, des Handels und der Presse stattfinden.

\* Die Unterzeichnung des Vertrages zwischen Danzig und Polen wird, wie die Danziger Zeitungen berichten, in der nächsten Woche in Warsaw stattfinden. Bei der Unterzeichnung wird auch der Oberkommissar des Völkerbundes General Hadding anwesend sein.

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Vom 19. August.

**Zur Liquidierung deutscher Vermögens in Polen.**  
Nach den ergangenen polnischen Ausführungsbestimmungen für die Liquidierung deutschen Privatvermögens in Polen müssen alle nicht im ehemals preußischen Teilgebiet wohnhaften Deutschen eine ihr den Gang von Guichet und des Liquidationsamts ermächtigte Person, welche in Polen wohnt, dem Liquidationsamt anzeigen. Diese Person hat binnen einer Frist von 20 Tagen bzw. von 6 Wochen nach Bekanntmachung der Liquidationsabficht im "Monitor Polski" oder im "Dziennik Urzędowy Ministerwa Bylek i Zielonych" zu erfolgen. Die Treuhand G. m. b. H. in Thorn erklärt sich bereit, die Siele eines derartigen Zustellungsbevollmächtigten zu übernehmen, vornehmlich wenn es sich um deutsches Vermögen handelt, welches in Pommern investiert ist. Interessenten, welche nicht an erneut genügend vertreten erscheinen, können sich an die Treuhand in Thorn, Kulmer Straße 17, wenden.

### Liga für Verteidigung polnischer Interessen.

Dem "Glos Poranny" entnehmen wir folgenden Bericht: Im Saale der "Hütte" hielt am Donnerstag abend die Liga zur Verteidigung der polnischen Interessen eine Versammlung ab, zu der sie zahllose Vertreter von Vereinen und Organisationen aus allen Bevölkerungskreisen eingeladen hat, um über die Mittel gegen die drohende Überflutung des ehemals preußischen Anteils durch das Zarenreich zu beraten und ebenso darüber, wie man mit der Zeit dieses Vorgehens auf alle Teile Polens überreagieren könne, die, wie einer von den Rednern sagte, "rufen — schreien, damit wir helfen". Der Vorsitzende, Herr Verkan, begrüßte die Versammlung und legte in kurzen Worten die Entstehung der Liga und das Ziel der Organisation dar. Sie sei vor zwei Jahren ins Leben gerufen worden. Da die traurige politische Lage alle Kräfte der Allgemeinheit zur Verteidigung des Vaterlandes gegen den offen auftretenden Feind aufrief, war es bis jetzt nicht möglich, den Kampf gegen den inneren Feind aufzunehmen, der hundertmal gefährlicher ist als der schon besiegt, weil er über ungeheure Kapital verfügt und über alle diejenigen, die für Geld das Gewissen verlaufen. Gegen einen Feind, der absolut mit keinem ethischen Problem rechnet, der keine moralischen Rechte kennt, der einen ausdrücklichen geheimen und offenen Kampf mit allem führt, was polnisch ist, was irgendwie unserem Volke wie überhaupt der ganzen zivilisierten Menschheit Vorteil bringt. Eine Frucht dieser zerstörenden jüdischen Arbeit ist Russland.

Posen hat in anstrengender Arbeit sich bemüht, die Übernahme einer neutralen Minderheit der Bürger des Staates zu verhindern. Es machen sich aber die Fälle, wo Juden auf unerklärliche Weise aus dem Boden herauswachsen, ausgerüstet mit der Aufenthaltsgenehmigung in dieser einzigen von unseren wenigen Städten, die frei sind von Vertretern der verderblichen semitischen Kultur. Diese Erziehung zwingt die Allgemeinheit, sich zu kräftiger, einiger, partizipativer Arbeit zusammenzuschließen in einer Organisation, die über große Kapitalien verfügt, an der in erster Linie die polnische Industrie und der polnische Handel interessiert sind, für die alle Landwirte und Städter opfern sollen sowie alle Klassen des echten polnischen Volkes. Der Redner fordert die Versammlungen auf, Vorschläge zu machen. Es sprechen darauf die Herren Beromäti, der Redakteur Krotowksi, Herr Szaradzki, Antoniewicz usw. Alle Redner wiesen darauf hin, daß vor allem die breiten Schichten des Volkes über die Gefahr, die Polen von jüdischer Seite droht, unterrichtet werden sollten. Zu diesem Zweck

## Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Gruber.

(57. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Horst war dieser Schilderung mit hoher Aufmerksamkeit gefolgt. Als Falk schwieg, fragte er: "Welchen Laufnamen führen Sie?"

Wieder sah es ganz so aus, als hinge für Horst ungeheuer viel von der Antwort auf diese Frage ab.

"Josef heiße ich."

"Josef! Josef! Auf welchen Tag des März fällt denn Josef?"

"Auf den neunzehnten."

Horst tat einen tiefen Atemzug.

Falk schüttelte verwundert den Kopf.

"Dann ist ja alles gut!" hieß sein Besucher gemurmelt.

"Sie halten mich vielleicht für verrückt," fuhr er nervös lächelnd fort, "und einstweilen kann ich nichts dagegen haben. Aber es wird, es muß sich schließlich alles aufklären. Auch das eine noch, das mir ein Rätsel ist. Herr Falk! Meinen Dank für die Bereitwilligkeit, mit welcher Sie mir dies alles sagten. Und nun noch ein Ersuchen. Ich muß Ihr Ehrenwort haben, daß Kronberg von diesem meinen Besuch bei Ihnen nichts erfährt."

Herr Falk, der lange schon begriffen hatte, daß es sich hier um sehr Ernstes handle, verbeugte sich gemessen vor seinem Besucher und sagte ernst: "Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Aber können Sie es mir nicht sagen, was es mit Kronberg ist?"

Horst schüttelte den Kopf.

"Noch kann ich es nicht sagen," entgegnete er, "jedoch ich nehme jetzt schon an, daß Sie in diesem Falle einem Unvorsichtigen Ihr Vertrauen und Ihre Sympathie zugeschenkt haben. Aber jetzt gestatten Sie, daß ich mich Ihnen empfehle."

So hastig und eigentlich auch formlos hatte Herr von Horst noch niemals einen Besuch beendet, wie er es mit diesem tat.

Er war schon draußen, noch ehe Falk sich von ihm verabschieden konnte.

Wieder warf er sich in seinen Faaker und fuhr zu Hanna.

## Neuerscheinungen aus Recht und Wirtschaft

I.

Dr. U. Russer, Die Rechtsstellung der Deutschen in Polen.  
Berlin und Leipzig, 1921.

Unter dem obigen Titel lädt der Berliner Anwalt, der den Redern unseres Blattes von seinen vielfachen juristischen Beiträgen her kein Unbekannter ist, ein Buch erscheinen, das sicher einem großen Bedürfnis entspricht. Sind doch ähnliche Werke auch von anderer Seite in Angriff genommen worden und im Ergebnis begriffen.

Das Naturgemäße wäre es, daß ein solches Buch in dem von ihm behandelten Rechtegebiet erscheint. Aber dem Deutschen hier fehlen wohl die notwendigen Kräfte, die Initiative, das Kapital. Selbstverständlich bringt die Beurteilung der heisigen Rechtslage von Berlin aus manche Gefahren für die Objektivität der Darstellung. Man kann sagen, daß der Verfasser die Gefahren im allgemeinen recht glücklich überwunden hat. Trotz der bestehenden Schwierigkeiten, über die er in der Einleitung berichtet, ist es ihm gelungen, sich überraschend gut über die hiesigen Verhältnisse zu informieren. Im einzelnen hätte freilich eine noch genauere Kenntnis der heisigen Praxis den Wert des Buches bedeutend steigern können. Andererseits sichert die Abfassung im Reich dem Buch wieder Vorteile, die ihm vielleicht bei Aufstellung hier abgehen würden, und das sind vor allem die erhöhte Verwertung der deutschen Literatur und Rechtsprechung und die gründliche Heranführung der deutschen Gesetzgebung. Bedenkt wird man gut tun, sich bei Weiterholung aus dem Buch immer zu vergessen, daß in ihm der polnische Rechtszustand unter einem recht deutlichen Gesichtswinkel gesehen wird und daß die praktische polnische Rechtsauffassung damit nicht immer in Einklang zu bringen ist. Vielleicht hat der Verfasser darauf auch selbst hingewiesen.

Das Buch bringt zunächst eine systematische Darstellung der behandelten Rechtsmatiere, die nach den brennenden Tagesproblemen geordnet ist: Staats

# Posener Tageblatt.

sollten billige Broschüren wie die Schrift von Choloniewski: "Wir, die Juden und Kongresspolen" herausgeben, Versammlungen einberufen und Vorträge gehalten werden. Außerdem sollte man Fühlung nehmen mit dem Obersten Rat, dem Landesverteidigungskomitee und mit allen Verbänden gleichen Charakters. Der Kampf soll aufgenommen werden auf Grund des internationalen Rechtes; einflussreiche Männer und kräftige Finanzleute sollen zur Mitarbeit aufgefordert werden. Die Restaurateure zum Boykott der jüdischen Besucher aufgefordert werden. Schließlich soll die nationale Presse in ihren redaktionellen und administrativen Arbeiten mit allem brechen was nicht rein polnisch ist. Einer von den Rednern bemerkte, daß dieser Kampf sehr schwer sein werde, da der dritte Teil aller Juden des Erdbreiches hier in Polen wohne und den sechsten Teil der Bevölkerung bilde. Die Juden hätten leider unter den Polen viel Anhänger.

# Der Eisenbahntarif wird, wie der "Kurier Warszawski" meldet, erst am 1. Oktober erhöht werden.

# Ausbildungskursus für Kindheitskontrollassistenten. Von 1. bis 30. September findet ein Ausbildungskursus für Kontrollassistenten, veranstaltet vom Verband der Kindheitskontrollvereine im Freistaat Danzig zu Danzig, Sandgrube 21, statt. Landwirtsöhne und -töchter im Alter von 18–30 Jahren mit guter Schulbildung wollen sich unter Einsendung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften sofort melden. Nach bestandener Prüfung ist Ausicht auf sofortige Anstellung vorhanden. Weitere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Verbaudes der Kindheitskontrollvereine im Freistaat Danzig, Danzig, Sandgrube Nr. 21.

# Abschiedsabend Mordor, Herr Artur Mordor, der Posener verläßt, um in Lodz ein deutsches Theater zu gründen, gibt am 25. d. Mts. im Saal des Evangelischen Vereinshauses einen Abschiedsabend (ernste und heitere Dichtungen).

# Von hiesigen Amt zur Bekämpfung des Speculations und der Spekulation wird uns mitgeteilt: Von der 4. Strafammer des Bezirksgerichtes wurden auf Antrag des Amtes zur Bekämpfung von Spekulation und Spekulation verurteilt: Stanislaw Baszlik aus Posen, weil er Spek nur mit Fleisch zusammen verkaufen wollte, zu 4000 M. Geldstrafe und zu einem Tag Gefängnis; in sechs anderen Fällen wurden teils befannen, teils unbefannten Schleichhändlern verschiedene Waren wie Brot, Fleisch, Wurst, Schnaps, Mehl usw. zugunsten des Staates abgenommen. Weiter wurden verurteilt: Emma Gießer aus Zagow, Kreis Grätz, wegen Überschreitung des Höchstpreises für Butter zu einem Tag Gefängnis; Maria Kuczkowska aus Schröda aus gleichem Grunde zu 500 M. Geldstrafe; Josef Rydzek aus Goraj, Kreis Czarnikau, wegen Überschreitung des Höchstpreises für Kartoffeln zu 300 M. Geldstrafe, außerdem einige Schleichhändler, die Waren nach Deutschland verschließen wollen, zur Abgabe dieser Waren (Lebensmittel).

\* Berent, 17. August. Wieder ein Anschlag auf deutsches Vermögen. In Berent besteht seit etwa 20 Jahren die Paus- und Grunderwerbsgesellschaft m. b. H. Beim Übergang in polnische Staatshoheit sind aus den Sakungen alle Bestimmungen entfernt worden, die in der Gegenwart unliebsam empfunden werden könnten, auch sind die Mieter und Nutznießer der deutschen Grundstücke fast ausschließlich polnischer Nationalität. Gleichwohl wurde dem Vorsitzenden vor einigen Monaten mündlich vom Kreissekretär, Herrn Wierga, ohne Angabe von Gründen eröffnet, daß über die Gesellschaft die Zwangsverwaltung eröffnet sei. Auf die Bitte, dies schriftlich zu übermitteln, wurde dies verweigert. Es war ein Schriftstück in polnischer Sprache vorgelegt worden, und auf den Einwand des Vorsitzenden, daß er die polnische Sprache nicht versteände, begegnete Herr Wierka mit dem Bescheid: "Lernen Sie polnisch! Nach unserer Kenntnis kann nur das Gericht eine Zwangsverwaltung anordnen, auch müßten die Gründe, und zwar schriftlich mitgeteilt werden. Aber noch mehr. Am 1. Juni eröffnet der Herr Zwangsverwalter dem Vorsitzenden, daß er aus eigener Machtvolkommenheit eine Anzahl neuer und zwar polnischer Mitglieder aufgenommen habe, einen Einspruch dagegen gäbe es nicht. Durch diese Versicherungen werden dem Vorsitzenden übermittelt. Durch dieses Verfahren wird das nicht unerhebliche Vermögen in polnischer Hand übergehen und die deutschen Aktionäre werden eine schwere Einbuße erleiden. Der Vorsitzende erklärte dann, die Gesellschaft aufzulösen zu wollen, in Gemäßigkeit der Statuten. Der Herr Zwangsverwalter verbot die Auflösung. Der Vorsitzende hatte am 1. Juni schriftliche Proteste gegen die Zwangsverwaltung sowie die zwangsweise Entziehung von Mitgliedern bei dem Herrn Wojewoden in Thorn eingezogen, ist aber bis heute ohne Bescheid geblieben. Hierzu wird uns geschrieben: Dieser Vorgang reiht sich würdig an die Domänenpächterangelegenheit und insbesondere an das Vorgehen gegen die deutschen Genossenschaften (siehe Molkereigenossenschaft Janowitza) an. Die Gerichte werden einfach außer Tätigkeit gestellt, wenn ein Kreisjurist das will. Eine Zwangsverwaltung ohne Angabe von Gründen wird ohne weiteres vorgenommen.

Aber wozu soll man auch erst einen Grund angeben, da dieser doch offenbar und am Tage liegt. Der Grund ist die Absicht, das Kapital der deutschen Gesellschaft in polnische Hände zu spielen. Das konnte doch der Herr Kreissekretär unmöglich amtlich als Begründung für die Einsetzung eines Zwangsverwalters angeben. Das siebente Gebot und die auf ihm begründeten Gesetzesvorschriften in christlichen Staaten sind eine sehr schöne Sache — wenn die Beamten sich darnach richten. Wir erwarten, daß der Thorner Wojewode auf den Protest des Vorsitzenden bald etwas von sich hören läßt, und zwar in einer Weise, die darum, daß er mit dem "Vor-gehen unterer Organe" nicht einverstanden ist. Außerdem wird sich die deutsche Fraktion im Sejm noch mit der Angelegenheit beschäftigen.

## Aus Kongresspolen und Galizien.

\* Lodz, 17. August. Beilegung des Streiks der Metallarbeiter. Gestern fand im Lokale des Arbeitsinspektors eine weitere Konferenz in Sachen der Beilegung des Streiks in der Metallindustrie statt. Als Vertreter der Industriellen nahmen teil die Herren Wilde von der Fabrik John, Wegzyn von der Fabrik Pszczewski, sowie die Herren Drzewinski und Baumgart. Die professionellen Verbände waren durch die Herren Dobrowski und Romalski vertreten. Dank der Intervention des Arbeitsinspektors Herrn Wojciechowski haben die Vertreter der Arbeiterverbände ihre Forderungen wie folgt reduziert: Erhöhung des Lohnes für Handwerker um 60 Prozent, so daß der Tageslohn 960 M. beträgt, für Fachgehilfen 40 Prozent — 708 M. täglich, für ungelehrte Arbeiter 600 M. täglich und die Lehrlinge sollen im ersten Jahre 240 M. im zweiten 288 M. und im dritten Jahre 400 M. täglich erhalten. Die Vertreter der Industriellen hatten gegen diese Lohnforderungen nichts einzubringen und werden das Resultat der Konferenz der heutigen Versammlung des Industrieverbandes zur Entscheidung unterbreiten. Werden diese Löhne angenommen, so schreiten die Streikenden morgen zur Arbeit. Die neuen Löhne verpflichten vom Tage der Arbeitsaufnahme.

\* Bielun, 14. August. Am 8. August brach hier, dem "Robotnik" zufolge, ein Hungerstreik in allen Arbeitszweigen aus. Ungefähr um 10 Uhr morgens versammelten sich vor dem Magistrat 3000 Arbeiter, an die ein gewisser Stanislaw Wilczek eine Ansprache hielt, worin er ihnen die Folgen des freien Handels und den Mangel an bürgerlichem Empfinden der Landwirte karmachte. Nach den Ansprachen ersuchten die Versammelten den Bürgermeister um Aufklärung darüber, ob etwas unternommen wurde, die arme Bevölkerung mit Brot zu billigen Preisen zu versorgen. Nachdem der Bürgermeister eine diesbezügliche Auskunft erhielt, verlangten die Arbeiter seinen sofortigen Rücktritt und die unverzügliche Einberufung der Stadtverordnetenversammlung. Der Bürgermeister ordnete sofort eine Sitzung des Stadtrats an, und die Arbeiter sandten zu jedem Stadtverordneten je 5 Delegierte, die ihn zu der Sitzung abholten. An dieser nahmen auch 8 Arbeiterdelegierte, der Starost und der Polizeikommandant teil. Nach Eröffnung der Sitzung erklärte der Bürgermeister, daß er sein Amt niedergelegt, was mit Beifall aufgenommen wurde. Nach langer Aussprache wurden aus den Reihen der Stadtverordneten und der anwesenden Arbeiter Delegierte zum Verband der Landwirte entsandt, um Getreide zu mäßigen Preisen einzukaufen. Nach langer Beratung erklärten sich die Landbesitzer bereit, zwei Monate hindurch 200 Körze Getreide monatlich zum Preise von 2500 M. für einen Meterzoll an die ärmste Bevölkerung abzugeben. Infolgedessen wurde der Streik beendet.

## Aus Ostdeutschland.

\* Deutsch-Silber, 16. August. Ein großer Brand wütete Sonnabend nachmittag in Döbeln unter den auf dem Bahnhof von der "Oberschlesischen Holzindustrie" zur Verladung aufgestapelten Grubenholzern. Das Feuer, dessen Ursache noch nicht geklärt ist, hat schätzungsweise 1500 Festmeter vernichtet.

\* Königsberg, 17. August. Am 15. d. Mts. wurde hier die dritte deutsche Filmfest eröffnet. Der Zutritt von Besuchern ist sehr groß, besonders aus Litauen. Geringer jedoch ist der Besuch aus Lettland.

## Neues vom Tage.

\* Wiederaufnahme der Elbenschiffahrt. Die ausgebreiteten Niederschläge im Gesamtauflauf der Elbe haben erfreulicherweise binnen kurzer Zeit eine fühlbare Besserung des Elbwasserstandes in einem Umfang herbeigeführt, daß die Elbenschiffahrt in der Lage ist, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Die zahlreiche, an verschiedenen Unterwegsorten aufgeholtene Ladung und Schleppschiffahrt wird daher die unterbrochenen Fahrten unverzüglich fortsetzen und so die aufgehobenen Güter ihren Bestimmungsorten führen. Schon werden auch die Verladungen an den Umschlagsplätzen wieder aufgenommen.

Angabe über den polnischen Notenumlauf, inzwischen durch die Ereignisse bis zum Erscheinen überholt ist, so z. B. die Bemerkung Seite 11 über den Eintritt der Gesetzeskraft durch Art. 3 der Verfassung. Bei Besprechung der Staatsangehörigkeitsfrage verhinderte man ebenfalls die Anführung der einschlägigen Verfassungsbestimmungen. Die Ausführungen über den Verdrängungsschaden sind nach dem inzwischen erfolgten Zustandekommen des Verdrängungsschadengesetzes ebenfalls zu berichten. Aber auch abgesehen davon sind bei einem solchen Werk einzelne Unrichtigkeiten natürlich nicht zu vermeiden. Unrichtig ist es z. B., daß das Appellationsgericht in Posen das einzige im ganzen Teilstaat ist (S. 18). Es besteht hier noch ein zweites Appellationsgericht in Thorn. Die Baudenämter haben nur staatsanwaltschaftliche und nicht gerichtliche Funktionen. Daß das Mieterschutzgesetz dem Mieter die Reparaturpflicht aufbürdet, ist ungern. Die Staatsanleihe ist nur von der Kapital- und Renteinsteuern, nicht von der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer befreit (S. 76). Die Auswandererabgabe wird nur bis 50% und nicht bis 80% des Vermögens erhoben. Beiträgen muß auch die Behauptung S. 10 werden, daß als Stichtag für das Aufhören der deutschen Gesetzgebungsgewalt in unserem Teilstaat der 1. Januar 1919 anzusehen ist. Weder der Art 18 des Beamtenvorvertrages noch der § 2 des Organisationsgesetzes für das ehemals preußische Teilstaat, mit denen der Verfasser seine Ansicht zu stützen sucht, kommen dafür in Frage. Das letzte Gesetz läßt vielmehr das ganze bis zum Tage seines Inkrafttretens (12. August 1919) gesetzte deutsche und preußische Recht bestehen. Nicht der 1. Januar 1919, sondern der 12. August 1919 ist der maßgebende Stichtag, wenigstens in dem Gebiet diesseits der früheren Demarkationslinie. Dem entspricht auch im allgemeinen die biesige Praxis. So wird z. B. die ehemals preußische Verordnung über das gesetzliche Kaufvertrag bei landwirtschaftlichen Grundstücken, die erst nach dem 1. Januar 1919 Rechtskraft erlangt hat, in den vom Minister des ehemals preußischen Teilstaats erlassenen Verordnungen, die der Verfasser zum Teil abruft, teils als auch für das gesetzte ehemals preußische Teilstaat rechtsbindlich angesehen. Eine Ausnahme bildet z. B. die Steuerbefreiung, für diese ist der 1. Januar 1919 als Stichtag einheitlich festgesetzt. Für diese ist der 1. Januar 1919 als Stichtag einheitlich festgesetzt, teils durch die Verordnung vom 14. Januar 1920, teils auf gewohnheitsrechtlichem Wege.

Anfechtbar sind vielfach auch die Ansichten, die der Verfasser in dem Abschnitt über Valutaziffern zum Ausdruck bringt. Jedenfalls nehmen die polnischen Gerichte bezüglich der Auslegung der in Frage kommenden Rechtsbestimmungen einen sehr abweichenden Standpunkt ein. M. C. kann z. B. die Gleichstellung der deutschen und polnischen Mark aus der Verordnung vom 11. April 1919 nicht wiedergenommen werden. Schon dürfte die Unterscheidung zwischen "Bahlungsort" und "Erfüllungsort" dem polnischen Text des Valutaziffernes vom 20. 11. 1919 nicht gerecht werden. Offiziell muß auch die Auslegung des Verfassers, daß der Ort der tatsächlichen Bahlung über die anzuwendende Valuta entscheide, in ihren Konsequenzen als wenig angemessen bezeichnet werden, weil sie dem Gläubiger gestatten würde, durch seine Maßnahmen die Schuld ie nach Belieben zu einer deutschen oder polnischen Mark

§ Der Lebensunterhalt in England. Die Kosten des durchschnittlichen Lebensunterhaltes in England haben sich nach der Statistik vom 2. August um 3% im Verhältnis zu den Kosten vom 1. Juli d. J. erhöht. Die Kosten für den Unterhalt sind gegenwärtig um 122% höher als sie im Juli 1914 waren. Die Preiserhöhung für Milch, Butter und Eier entschuldigt man mit der andauernden Trockenheit. Die Kosten für den Unterhalt würden noch höhere sein, wenn nicht die Preise für Kleidung und Fleisch gefallen wären.

§ Die Arbeitslosen in England. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen verringerte sich im Juli um 398 000.

§ Ein Niesenbrand in Skutari. Dem "Journal" wird aus Konstantinopel berichtet, daß ein gewaltiges Feuer ungefähr 1000 Häuser in Skutari an der adriatischen Küste am Bosporus verichtet hat. Die Abteilung der Verbundstruppen, die sich an den Löscharbeiten beteiligte, war gezwungen, auf eine Bade von Flüchtlingen zu schicken.

## Kurje der Posener Börse.

	Offizielle Kurje:	19. August	18. August
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—	—
3% Buch. A u. B	—	—	—
3½% ohne Buchst.	—	—	—
3½% Buchst. C	—	—	—
4% Buchst. D u. E	—	—	—
(neu)	—	—	—
4% (neu) mit voln. Stempel	—	125 + A	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—	—
4% Provinzialobligationen	—	—	—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	110 + N	—
5½% Obl. Tegielski	—	—	—
6% Schuldscheine der Bank Kreidyt.	—	—	—
Hyp. Warszawski	—	—	—
Bank Gwiazdu I—VII em. (ungeist.)	220	220	—
Bank Gwiazdu VIII em. (ungeist.)	220	220	—
Bank Gwiazdu IX em. (ungeist.)	220	220	—
Bank Handlowy, Poznań I—VII	340 + A	340 + A	—
VIII . . . . .	340 + A	340 + A	—
Bank Handlowy, Warszawa	—	—	—
Bank Dysk. Andg.-Gdański I—IV	—	—	—
Amilecki, Potocki i Ska . . . . .	430 +	430 +	—
Bank Ziemię I—III . . . . .	260 + A	250 +	—
Bank Gmęski I—IV em.	225 +	215 + N	—
R. Barciowski V em.	—	175 + N	—
Centrala Stor I—II . . . . .	340 +	365 +	—
III . . . . .	340 +	340 + A	—
Suban . . . . .	530 +	525 +	—
Dr. Roman Maj . . . . .	—	—	—
Batra . . . . .	360 + N	360 + N	—
Bog. Szpolska Drzewnica (eggl. Kupon)	—	1480 + A	—
C. Hartwig I—II em.	—	—	—
E. Hartwig IV em.	325 + A	335 + A	—
Egielski I—VI em.	250 + A	250 + A	—
Egielski VII em.	—	250 + A	—
Hurtownia Gwiazdowa . . . . .	—	150 + N	—
Włodno . . . . .	—	260 +	—
4½% voln. Pfandbriefe	—	265 + N	—
4½% voln. Pfandbriefe (abgeist.)	—	—	—
Bank Centralny I—III	—	—	—
Bank Poznański I. Em.	—	—	—
Bank Przemysłowy . . . . .	250 +	250 + A	—
Bog. Bank Ziemię (eggl. Kupon)	—	—	—
Ceres, Sejno . . . . .	—	—	—
Bank Zielona Góra . . . . .	—	—	—
Hurtownia Drogerijna (Bezüger)	—	—	—
Kri . . . . .	165-155-160 + A	165-155-160 + A	—
Witworna Chemica . . . . .	225-230 + N	225 + N	—
Witwona Ceramica . . . . .	—	140 + N	—
Dziewo Wronki . . . . .	260 + N	—	—
Wissa . . . . .	—	—	—
Przedsi. Auto (eggl. Kupon)	—	—	—
Wagon Durovo . . . . .	170 +	450 + N	—
Witworna Maszyn Młyńskich	—	355-370+A	—
Herzfeld Bilitius . . . . .	360 +	435-425-430 +	—
Bentzi . . . . .	—	190 + N	—
Orient . . . . .	—	380-370 + N	—
Sarmatia . . . . .	—	—	—
Mawat . . . . .	—	—	—
Dom Konfekcji . . . . .	340 +	—	—
Tanina . . . . .	—	—	—
Centrala Rolników	—	—	—
Papiernia Bydgoszcz . . . . .	240-250 + A	—	—
Trie . . . . .	205-210 + N	205 + N	—
Hurtownia Stor . . . . .	320 + A	315 + N	—
Sierakowskie Kopalnie Wę			

**Lokal- u. Provinzialzeitung.**

Posen. 19. August.

**Stoinski zur Ernährungsfrage.**

Zur Ernährungsfrage in Polen hat sich neuerdings gegenüber der „Aerzepostola“ der Bismarck für Verpflegung, Stoinski, genannt. Was die Spekulation betrifft, so glaubt Herr Stoinski, daß durch energische Verfolgung des Wuchers und der Spekulation, durch Inslebenrufen von Getreidebörsen und durch Konkurrenz des ausländischen Getreides, das mit Rücksicht auf die ausgezeichneten Ernten in den Nachbarstaaten in großen Mengen und zu billigen Preisen angeboten wird (wobei Kompenstationen nicht ausgeschlossen sind und auch Kredittransaktionen seitens der Regierung in Erwägung gezogen werden), die Preise nicht über das normale Maß in die Höhe getrieben werden können. In der Frage der Organisierung des Getreideaufkaufs sei die Regierung entschlossen, durch Vermittelung der Darlehnskasse kreditfähige Organisationen, insbesondere aber Konsumentenorganisationen und Verpflegungsausschüsse der Städte ausgiebige Kredite zu gewähren, um eine ganz normale Verpflegung der Bevölkerung zu ermöglichen.

**Staatliche Maschinenbauschule in Grauden.**

Die Anmeldungen von Kandidaten für die Aufnahmeprüfung zur Teilnahme an dem dreijährigen Kursus der staatlichen Maschinenbauschule in Grauden werden bis zum 26. d. Mts. von der Direktion entgegenommen. Desgleichen Anmeldungen für den zweijährigen Kursus. Die Kandidaten für den dreijährigen Kursus müssen vier Gymnasial- oder Realgymnasialklassen besucht, die für den zweijährigen drei Jahre lang praktisch ein Handwerk gelernt haben.

X Wochenmarktsbericht vom 19. August. Auf dem Gemüsemarkt sind folgende Preise gezahlt worden: Für Kartoffeln 14 M., Mohrrüben 15 M. per Pfund. Gurken kosteten 20 M.

**Deutsches Gymnasium Lissno (Lissa).**

Beginn des Unterrichts am 1. September. Aufnahmeprüfung am 31. August, vormittags 9 Uhr, im Schulgebäude, Westpromenade 15. Ein Internat für auswärtige Schüler ist mit der Anstalt verbunden. Anmeldungen baldigst an den Vorsitzenden d. Schülervereins Suberini Smend.

**Private Deutsches Lyzeum in Lissno (Lissa).** 10 klaff. Vollanstalt mit Berechtigung. Bewährte Lehrkräfte. Das neue Schuljahr beginnt am 1. September. Aufnahmeprüfung für auswärtige Schülerinnen u. Lernjäger am 31. August, 9 Uhr. Für das 1.-3. Schuljahr wird auch Anträge angenommen. Anmeld. an die Direktorin A. Sander. Deutscher Schulverein.

**Bekanntmachung betreffend die Aktien der „Bank Cukrownictwa“.**

Hiermit werden die Herren Subskribenten, die bisher für die subskribierten Aktien den Betrag von 670.— Mark pro Stück noch nicht eingezahlt haben, benachrichtigt, daß die Einzahlung vor Ablauf des 26. August direkt an „Z jedno- czenie Producentów Rolnych“ erfolgen muß.

Hierbei muß erwähnt werden, daß Veränderungen betreffend die Subskription der Aktien nicht mehr berücksichtigt werden können, da die Subskriptionsliste bereits geschlossen ist.

**Z jednoczenie Producentów Rolnych**

Für die Direktion

I. Mrozowski.

[384]

**Deutsche Privat-**

**Schulauflnahme**

1. Septemb. vorm. 11 Uhr.

**Wo junges Mädchen**

**Stenographie u. Schreib-**

**mashine erlernen?** Ofer. u. G. 2535 a. d. Geist. d. Bl.

**Gebild. Dame,** 22 Jahr.

**wünscht mit edelstenendem Herrn**

**Zwecks Heirat**

in Briefwechsel zu treten.

Berndgen vorh. Diskretion

zugeichert und erw. Ange-

beit mit Bild unter G. 2561 an

die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Kaue**

**Linoleum**

jeden Posten, auch gebr.

S. Orwat. Wroclawska 13.

[384]

**Gut, 1000—1400 Morg.**

in fröh. Prod. Posen sofort zu kaufen gesucht. Genaue

Beschreibung und Provisionsbestätigung beilegen. 12557

Franz Kreisel & Co., Görlitz, Berliner Straße 36

Ein seit vielen Jahren bestehendes großes

**Kolonialwarengeschäft**

in lebhaftester Gegend Poznańs ist per 1. Oktober

verkäuflich. Offerten Schließfach 27. [2554]

**Allpapier und Papierabsätze**

faust [1443]

Wielkopolska Papiernia, Bydgoszcz, Gdańsk 19.

**Zuver-**

**taufen zwei 2½ jähr. Hengste**

von eingetragenen Hollsteiner Eltern. [2556]

Uhle, Uhlenholz (Gorzewo) b. Rydzewo, Kr. Olsztyn.

Vertauung wegen Fortzuges ganz neuen [2542]

**Kemna'schen 2-Maschinen-**

**Heizdampfplugh**

mit schar. Plug. Grubber usw. und sehr vielen Reserve-

teilen, ferner sehr gut erhaltenen [2543]

**Kleereiber**

mit allen Lederriemien.

Domänenwächter Randt, Płochotin bei Warlubie.

[2551]

**2-Familienhaus**

(enthaltend 10 Zimmer und

Nebengelaß) in der Nähe

Poznańs, nebst großem Obi-

garten, geräumigem Stall und

Scheune, alles massiv gebaut,

zu verkaufen oder mit anderem

gleichartigen in Deutschland

zu tauschen. Off. unt. 2455

an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu verkaufen. Dębice (Demsen), ul. Lipowa 6. [2565]

██████████

Junge Ledel,

rosagrün, schwarz mit braunen

Abzeichen, 8 Wochen alt,

junge Jagdhunde,

Brauntiger 12 Wochen alt,

abzugeben. Höchster Spalter,

Forsthause Napachanie,

bei Nowe Miasto. [2559]

Gut erhaltenen Flügel, helleenes Eßzimmer, Schlafzimmer, Küche, 10 geb. Zahng. der Gartenlaube, und Bücher und sämliche Hausräume zu ver